
DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS IN ÖSTERREICH

Rezension von: Peter Gerlich/Karl
Ucar, Staatsbürger und
Volksvertretung. Das
Alltagsverständnis von Parlament
und Demokratie in Österreich,
Wolfgang Neugebauer Verlag,
Salzburg 1981.

Das vorliegende Buch ist das Ergebnis einer großangelegten empirischen, insbesondere demoskopischen Untersuchung. Hervorgehoben muß zunächst an dieser Stelle vor allem werden, daß sich diese in Untersuchungsdesign und Durchführung deutlich und wohlthuend vom auch hierzulande allzuoft als alleingültiges Vorbild angesehenen anglo-amerikanischen Mainstream empirischer Sozialforschung unterscheidet. Während jener oft durch rasche Datengewinnung und hohe Aggregation der dermaßen gewonnenen Werte gekennzeichnet ist, haben Gerlich/Ucar gewissermaßen den anderen Weg gewählt: Ein besonders sorgfältig gestaltetes Untersuchungsdesign erlaubt es, auf solche Transformationen der erzielten Zahlen zu verzichten, die – ganz abgesehen von auch methodologisch zweifelhaften Umformungen – jedenfalls einen Schritt weg von der Realität bedeuten (vor allem weil sie die Illusion der Präzision erhöhen und ein Rückgriff auf die nicht in Zahlen abgebildete Realität mit fortschreitender Aggregation in der Regel immer seltener wird). Die Datenerhebung der vorliegenden Untersuchung umfaßt insgesamt fünf aufeinander abgestimmte Schritte, darunter eine Vorerhebung, Expertengespräche, die Haupterhebung und schließlich Gruppendiskus-

sionen. Während in Vor- und Haupterhebung die eigentlich demoskopische Arbeit konzentriert ist, stellen die Expertengespräche qualitative Interviews bzw. lose strukturierte Gespräche mit Insidern dar (u. a. eine Totalerfassung der österreichischen Parlamentsjournalisten). Die Gruppendiskussionen dienen der vertiefenden Überprüfung des Verständnisses und der Auffassung der in der Repräsentativbefragung gestellten Fragen. Die oft als eine der Schwächen der Fragebogenuntersuchung konstatierte Verkürzung des Informationswertes der hier erzielten Antworten durch ihre Spontaneität und Unverbindlichkeit wird dadurch tendenziell ausgeglichen. Die Autoren haben in diesem Sinne auch von den in den Gruppendiskussionen erzielten Ergebnissen relativ stark Gebrauch gemacht. Weiters muß noch hervorgehoben werden, daß die empirischen Daten der Untersuchung im vorliegenden Buch nicht jenen ahistorischen Charakter haben, der leider vielen sozialwissenschaftlichen Arbeiten anhaftet. Ein eigener historischer Teil stellt den historischen Kontext her, der mehr ist als „bloße Vergangenheit“, denn die Einstellungen der Bevölkerung gerade zum Parlament und zum Parlamentarismus sind das Ergebnis längerer geschichtlicher Erfahrungen. Schließlich muß an dieser Stelle noch der erste Schritt der Erhebung eigens erwähnt werden, nämlich die Auswertung ausländischer Studien zu diesem Problembereich, die sich unmittelbar auch in einem wirklich auf das wesentlichste konzentrierten Literaturbericht niederschlägt, der ein gutes Bild des internationalen Forschungsstandes auf diesem Sektor vermittelt.

Obwohl es sich bei der vorliegenden Arbeit ursprünglich um eine Auftragsstudie zum Thema Parlamentsverständnis handelte, werden Parlament und Parlamentarismus nicht als isolierte Phänomene, sondern vergleichend mit anderen Institutionen und – das sei besonders hervorgehoben –

ihre Perzeption eingebettet in die allgemeine Politik- und Gesellschafts-sichtweise der Befragten betrachtet. In dieser übergreifenden Sicht liegt u. a. der besondere Wert dieser Studie, weit über die Parlamentarismusforschung hinaus.

So wurde u. a. auch nach der wirtschaftlichen Entwicklung im nächsten Jahr gefragt. Interessant sind die recht eindeutigen Ergebnisse. Positive Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung korreliert deutlich mit positiver Einstellung zu den bestehenden politischen Einrichtungen, eine noch stärkere Korrelation ist aber in umgekehrter Richtung festzustellen: Wirtschaftlicher Pessimismus geht Hand in Hand mit negativen Einstellungen zu den bestehenden politischen Institutionen. Das bedeutet wenigstens tendenziell, daß unsere Demokratie etwaigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten allein aus dem Grund möglicher breiterer antidemokratischer Strömungen keineswegs gelassen gegenüberstehen kann. Überhaupt haben autoritäre Politikformen („starker Mann“) noch immer erschreckend hohen Zuspruch. 14 Prozent der Befragten gaben einer solchen Politikform gegenüber dem Parlament voll, 10 Prozent eher den Vorzug (S. 97 f.).

Schwerpunkt der Auslotung des Gesellschaftsbildes der Befragten war die Fragestellung, ob die Gesellschaftsordnung eher als die einer Klassengesellschaft empfunden wird oder ob Chancengleichheit vorherrscht. Beide Sichtweisen sind etwa gleich verteilt. Es ist zu sehen, daß mit steigender sozialer Stellung entweder eine differenziertere Sicht der sozialen Zusammenhänge oder aber eine Scheu vor eindeutiger Deklaration der eigenen Meinung anzutreffen ist (S. 83 f.). Wenn letzteres richtig ist, dann muß wahrscheinlich auch das deklarierte Potential der Autoritätsgläubigen als Untergrenze betrachtet werden.

Aus der Fülle der Daten (die sich

u. a. in 140 Tabellen und einer großen Anzahl graphischer Darstellungen niederschlagen) seien hier nur noch zwei, wie mir scheint, besonders interessante Ergebnisse hervorgehoben.

Zum einen ist die von Egon Matzner als gewissermaßen „Sozialpornographie“ charakterisierte Konfliktscheu im österreichischen politischen System voll im Bewußtsein der Bevölkerung verankert: Als wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften wird von einer überwältigenden Mehrheit (71 Prozent) die Vermeidung von Streiks genannt (S. 88), (noch) mehr Zusammenarbeit und weniger Streit zwischen den Parteien wollen praktisch alle Österreicher verwirklicht sehen (S. 92).

Daß der Sozialpartnerschaft in der „Realverfassung“ Österreichs eine tragende Rolle zukommt, ist bekannt, daß sie aber in der Gunst der Bevölkerung vor dem Parlament liegt, überrascht doch. Fast zwei Drittel der Befragten halten sie für wichtiger als das Parlament. Die Interpretation dieser und anderer Ergebnisse profitierte besonders stark von den neben der Repräsentativbefragung eingesetzten qualitativen Untersuchungsmethoden. Einerseits konnte so gezeigt werden, daß das Wissen um die Sozialpartnerschaft ein äußerst diffuses ist, „es sich um irgendeine Zusammenarbeit handelt, die uns allen nützt“ (S. 187) und sie nicht als Alternative, sondern Ergänzung zum Parlament verstanden wird.

Während die vorliegende Untersuchung dank ihres keineswegs verengten Blickwinkels die bisher wohl interessantesten demoskopischen Daten zur österreichischen Politik- und Gesellschaftsstruktur bietet, stellt ihr – davon aber nicht abzulösender – Kern jedoch die differenzierte Analyse der Perzeption des Parlaments selbst dar. Auf Einzelheiten kann hier aus Platzgründen nicht mehr eingegangen werden, das Resümee sei dem Leser aber nicht vorenthalten: Höhere Bildung, höherer Status, intensiveres In-

formationsverhalten und höheres politisches Interesse führen zu einer realistischen Sichtweise des Parlaments, zu einem positiven, aber auch kritischen Bild. Wo diese Voraussetzungen weitgehend fehlen, werden die Politik und ihre Einrichtungen stereotyp rezipiert, wobei die Stereotypen in Österreich großteils positiv sind. Da solche Stereotypen aber immer in der Gefahr sind, ins Gegenteil umzuschlagen, sind sie keineswegs eine geeignete Ba-

sis für ein demokratisches Staatswesen. Der politischen Bildung bleibt noch viel zu tun!

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das vorliegende Buch nicht nur einen essentiellen Beitrag zur Parlamentarismusforschung darstellt, sondern darüber hinaus auch sehr wesentlich für jedwede Betrachtung der österreichischen politischen Kultur ist.

Wolfgang Müller